

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-291
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-291

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Deutschnationale Umfallberatungen.

Kabinettsitzung voraussichtlich am Nachmittag.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist heute vormittag einhalb elf Uhr unter dem Vorsitz des Grafen Westarp wieder zusammengetreten, um die Beratungen über ihre Haltung zum Sicherheitspakt fortzusetzen.

Das Reichskabinett wird erst am Nachmittag, voraussichtlich zwischen fünf und sechs Uhr zusammentreten. Man erwartet, daß bis dahin die Parteiberatungen zu Ende geführt sein werden.

„Das Band wird zerrissen!“

Drohung der DDB. Bayerns gegen die Deutschnationalen München, 23. September. (Z.) Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns haben an die Reichstagsfraktion der Rechtsparteien folgenden offenen Appell erlassen:

„Wenn immer es galt, für die nationalen Belange einzutreten, haben die Vereinigten Vaterländischen Verbände und ihre Mitglieder ihre Pflicht getan. So war bei den Wahlen zum Reichstag, so bei der Reichspräsidentenwahl. Daraus leiten sie das Recht und die Pflicht ab, sich in dem Augenblick an die Rechtsparteien zu wenden, in dem die Paktverhandlungen zu einem neuen Unglück für Deutschland zu werden drohen.

Man täusche sich nicht! Schon die Behandlung mancher innerpolitischen Frage durch den Reichstag, zum Beispiel der sogenannten Aufwertungsfrage, hat diese Bestimmung erzeugt. Würde das deutsche Volk auch noch die bittere Erfahrung machen, daß diese Paktverhandlungen trotz der Reichspräsidentenschaft Hindenburgs zu einer erneuten — diesmal freiwilligen — Verslavung Deutschlands führen, so würde — in Bayern wenigstens — kein vaterländischer Wähler zu solchen Parteien nochmals das notwendige Vertrauen anbringen.

Vorbereitungen zur Paktkonferenz.

Tagungsort wahrscheinlich Locarno.

Paris, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Ministerkonferenz in der Paktfrage soll, wie der „Matin“ zu wissen glaubt, in den letzten Tagen Gegenstand zahlreicher Besprechungen gewesen sein. Die Auswärtigen Minister der beteiligten Länder seien mit den Vorbereitungen stark beschäftigt. Das Datum scheint auf den 5. Oktober festgesetzt zu sein.

Noch kein Beschluß in der Kölner Frage?

Paris, 23. September. (Z.) Die von einem Berliner Blatt veröffentlichte Meldung aus Köln, daß die erste Rheinzone im Laufe des November geräumt werden würde, wird von der Agence Havas als vollkommen aus der Luft gegriffen bezeichnet, da die alliierten Regierungen noch keinen Beschluß gefaßt hätten.

Internationale Wirtschaftskonferenz.

Loucheur und Jouhaux fordern ihre Einberufung.

Genf, 23. September. (Z.) Im Technischen Ausschuss des Völkerbundes entwickelte Loucheur-Frankreich in einer vielbeachteten Rede die Gründe, die die französische Regierung zur Vorlegung des Antrages auf Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz veranlassen. Er erinnerte in seinen Ausführungen daran, daß Kriegursachen vielfach wirtschaftlicher Natur seien.

nach gebessert. Er wolle offen sagen, daß nach seiner Auffassung die heutige Welt nicht nur unter den Mißständen des Krieges, sondern auch eben so sehr unter der wirtschaftlichen Organisation der Vorkriegszeit leide. Der Krieg habe nur dazu geführt, daß diese schwierige Lage sich noch weiter verschlimmerte.

Schließlich ging Loucheur auf die Zusammenfassung des vorgeschlagenen Komitees für die Vorbereitung der Wirtschaftskonferenz ein und forderte, daß nicht nur die technischen Organisationen des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes vertreten seien, sondern daß auch Männer der Praxis zu diesen Vorarbeiten herangezogen würden.

Außer dieser Rede fand noch allgemeine Beachtung eine längere Darlegung des französischen Generalsekretärs der O.E. Jouhaux. Er entwickelte als Vertreter der internationalen Arbeiterschaft als Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes die Forderungen der Arbeiterschaft, die seit Kriegsende von der Notwendigkeit internationaler Kooperations zwecks Befundung der Wirtschaftslage aller Länder im Interesse der Arbeiterschaft selbst überzeugt sei.

Krupp und der Montanblock.

Solingen, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Die „Kölnische Zeitung“ berichtet: Wie wir erfahren, hat die Firma Friedr. Krupp in Essen ihre Beteiligung an der Gründung der neuen Eisengesellschaft jetzt formell zurückgezogen, jedoch werden, weiterem Bernehmen nach, Verhandlungen über eventuelle Unterbeteiligung mit dieser fortgesetzt.

Der Anilin-Block.

Solingen, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Wie aus Wiesbaden mitgeteilt wird, ist der Fusionsvertrag innerhalb der Interessengemeinschaft der deutschen chemischen Großindustrie nunmehr unterzeichnet worden.

Sozialistische Friedensarbeit. Der australische Commonwealth Labour Council hat Arbeitervertreter von China, Japan, Kanada, den Philippinen, Hawaii, Singapur, Indien, Südafrika und den Vereinigten Staaten für den 1. Mai 1926 zur Teilnahme an einer Pan-Pazifischen Konferenz in Sydney zur Besprechung der Kriegsgefahren im Stillen Ozean eingeladen.

Justiz gegen Kunst.

Fesselung der Kunst durch die Rechtsprechung.

Von Rechtsanwalt Dr. Adolf Hamburger.

Der Verfasser dieses Aufsatzes war der Verteidiger des Schauspielers Rolf Gärtner, der vom Staatsgerichtshof wegen Rezitation revolutionärer Dichtungen zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Das Urteil im Verein mit staatsanwaltlichen Vorlesungen gegen die künstlerische Produktion bekannter Dichter und Schriftsteller hat eine Abwehrbewegung ins Leben gerufen, von der hier die Rede ist.

Diesem Umstand liegt insbesondere der Fall des vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zu ein Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilten Schauspielers Rolf Gärtner zugrunde.

Rolf Gärtner, der schon einmal zu 1 1/2 Jahre Festung wegen Hochverrats verurteilt worden war, weil er während der bayerischen Räterepublik einen ihm von den damaligen Räteführern erteilten Auftrag ausführte, hatte es übernommen, bei einer von der Stuttgarter RPD veranstalteten russischen Revolutionsfeier den künstlerischen Teil zu leiten.

Bei dieser Gelegenheit rezitierte Gärtner Verse von Madag, Rühjam, Kannehl und anderen und brachte eine Szene zur Aufführung, bei der die Außenfront eines Gefängnisses mit den üblichen vergitterten Fenstern gesehen wurde, aus welchen die Gefangenen schauten, davor, wie üblich, die Gefängnisbeamten patrouillierend.

Die Feier, die auch dem Andenken Lenins galt, wurde durch dichterische Vorträge belebt. U. a. wurde ein Aufruf von Walter Steinbach zitiert:

Recht eure Schwerter von den morschen Händen Und trefft ins Herz die ewig Unbewehrten, Krampf eure Häufte aus geballten Händen, Starpt mit dem Fuß den Laß der Ungeehrten, Schlagt Trommelwirbel, weckt die Schlafesträger, Stürzt die Gerüste einer kranken Laune Und stürt mit neugeschlagenem Stahl und Degen Als Klinge schon des jüngsten Tags Besaune. Auf die Bastille schürt die Feuerbrände, Trogt mit der blut'gen Stirn dem schwarzen Tod, Errichtet eure Fahnen an des Schicksals Wende und euer Blut wird flammend Morgenrot...

Und an anderer Stelle: Uns verlassend, gebt Lenin die Diktatur des Proletariats zu behüten und zu festigen. Wir schwören dir Lenin, daß wir unsere Kräfte nicht schonen werden... Der Leninismus lebt, Mit ihm, das schwören wir, Werden sterben oder siegen wir!

Sämtliche vorgetragenen Szenen und Gedichte sind überall in der Buchhandlung als nicht verbotene Lektüre zu erwerben. Schon aus diesem Gesichtspunkte, von allem andern abgesehen, müßte die besondere Gefährdung der Staatsgewalt oder der Verfassung durch die rollenden Verse als ausgeschlossen gelten. Trotzdem hat der Staatsgerichtshof in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Oberreichsanwalts den Tatbestand des § 86 StGB. (Hochverrat) und zugleich denjenigen des § 7 Ziffer 4 des Republikshutzgesetzes in dem Vortrag der Gedichte erblickt, u. a. auch mit der Begründung, daß die RPD, wie in zahlreichen vor dem Staatsgerichtshof anhängig gewordenen Strafsachen festgestellt sei, das Ziel verfolge, auf dem Wege des gewalttätigen Umsturzes und des Bürgerkrieges die Diktatur des Proletariats zu errichten, und daß Gärtner sich in den Dienst dieser Umsturz-bewegung gestellt habe!

Der Fall Gärtner steht nicht vereinzelt da. Der Beurteilung dieses Schauspielers folgte die Verhaftung des Dichters und Schriftstellers Johannes R. Becher. Dieser hielt sich in Uraufholungsurlaub auf, wo er auf Grund eines vom Untersuchungsrichter des Polizeipräsidiums Berlin erlassenen Haftbefehls verhaftet wurde. Becher hatte einen Gedichtband „Der Reichnam auf dem Thron“ veröffentlicht, in welchem die Strafverfolgungsbehörde neben der Aufforderung zum gewalttätigen Umsturz auch noch eine angebliche Gotteslästerung erblickte.

Das war nun selbst dem unpolitischen Schutzverband Deutscher Schriftsteller zuviel. Er hat eine Protesterklärung veröffentlicht, in der er auf die inzwischen erfolgte Beurteilung des Rezitators Gärtner Bezug nahm, und in welcher er zum Ausdruck bringt, daß er in diesen Ereignissen Vorzeichen einer neu herausgehenden Ära in der deutschen Republik sieht, die geistige Angriffe mit ungeistiger Härte niederschlägt.

Den Fällen Gärtner und Becher ist der Fall Bertha Laß vorausgegangen. Deren Bauernkriegsdrama „Thomas Münzer“ wurde beschlagnahmt unter Bezugnahme auf das Gesetz zum Schutze der Republik. Zu alledem kommt soeben die Nachricht von der Verhaftung Otto Wulfs wegen einer Broschüre „Krieg dem Kriege“.

Diese Symptome (nicht Einzelfälle) heben die Angelegenheit weit aus dem Rahmen jedweder Parteipolitik heraus und

haben bisher denn einen erfreulichen Erfolg gehabt, daß die interessierten intellektuellen Kreise, wie die Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger, der Goethe-Bund, der Schützverband Deutscher Schriftsteller, der Verband Berliner Theaterkritiker, die Gemeinschaft für neue Theaterkultur, die Gewerkschaft Deutscher Arbeiter, die Weltjugendliga, die Volksbühne e. V., der Verband der Deutschen Volksbühnenvereine, sich unter Führung des in geistigen und sozialen Dingen bewährten alten Kämpfers, Gustav Rickelt, dem Präsidenten der Deutschen Bühnengenossenschaft, zu einer gewaltigen Protestbewegung zusammengeschlossen haben, die an einem der nächsten Sonntage im Großen Schauspielhaus die geistig und sozial interessierten Kreise aufrütteln will.

Mit Recht haben diese völlig unpolitischen Verbände erkannt, daß die Handhabung einer solchen Rechtspflege jene der wilhelminischen Zeit noch in den Schatten stellen, und daß es kollegiale Pflicht der Verbände ist, den betroffenen Schriftstellern und Künstlern zu Hilfe zu kommen, in der Ueberzeugung, daß dem unhaltbaren Zustande ein Ende gemacht werden muß. Sie gehen dabei von der Erwägung aus, daß revolutionäre Kunst nichts destoweniger Kunst ist, und daß es die Besten aller Zeiten und anderer Völker waren, die im stark durchlebten revolutionären Empfinden an der bestehenden Gesellschaftsordnung Kritik übten und neue Wege wiesen. Sie haben empfunden, daß über dem Haupte jedes links stehenden Autors, und Schauspielers bei der gegenwärtigen Einstellung des deutschen Richtertums ein Damokles-Schwert schwebt.

Man hat bisher noch nicht ein einziges Mal gehört, daß die Staatsanwaltschaft sich den literarischen Auswüchsen der zahlreichen rechtsradikalen Schriftsteller, die zum Klassen- und Rassenhaß, zur Nichtbeachtung der Befehle, zum Widerstand gegen die Staatsgewalt und auch zum Hochverrat auffordern, entgegenstellt hat. Noch kein völkischer Verfechter wurde behindert, Bürgerkriegsstimmungen vorzubereiten.

Wie das ungeheuerliche und in seiner Auswirkung gefährliche Fehlurteil gegen Gärtner zustande gekommen ist, erklärt allein die Tatsache, daß der Staatsgerichtshof den von der Verteidigung geladenen Sachverständigen, Präsidenten Rickelt, zu hören, ablehnte, im wesentlichen mit der Begründung, daß der Staatsgerichtshof selbst Sachverständig genug sei.

Vorher hatte die Verteidigung vor solcher Selbstherrlichkeit gewarnt und den Antrag, den Präsidenten Rickelt zu hören, insbesondere damit begründet, daß für einen Angeklagten der beste Sachverständige gerade gut genug sei, und daß, da hier ausnahmsweise einmal die Republik nicht durch Granaten und Bomben gefährdet sein soll, sondern durch geistige Dinge, es unerlässlich notwendig sei, jemanden zu hören, der über die geistige Einstellung eines Schauspielers zu seinem Tun und Wirken wesentliches betunden könnte.

Hinzu kommt aber folgendes: Der Staatsgerichtshof hatte verkannt, daß der Hochverrat ein bestimtes konkretes Unternehmen voraussetzt und ein bestimmtes Angriffsobjekt vorhanden und ein bestimmtes Ziel ins Auge gefaßt sein muß.

Man hat niemals bisher unter Vorbereitung zum Hochverrat künstlerische oder schriftstellerische Äußerungen gezählt, sondern nur bestimmte Handlungen tatsächlicher Natur.

Der Hochverrat setzt einen konkreten Tatbestand voraus, der unmöglich in dem Vortrag revolutionärer Äußerung erblickt werden kann. Das Angriffsobjekt des Unternehmens muß feststehen und die Ausführung als bestimmtes Endziel in bestimter Form ins Auge gefaßt sein. Es emblemt dabei nicht einer gewissen Tragik, daß der Oberreichsanwalt Ebermann in seinem vorzüglichen Kommentar zum Strafgesetzbuch diese selbe Begriffsbestimmung gibt, während die Reichsanwaltschaft im Prozeß selbst den Kommentator Ebermann verweigert.

Aber auch aus dem Gesichtspunkte des Republiksschutzgesetzes muß das Urteil als Fehlurteil angesehen werden.

Es mangelt auch da an einer Fülle von Voraussetzungen, worauf die Verteidigung pflichtgemäß hingewiesen hat. Es fehlt insbesondere an dem Begriff der echten Teilnahme an geheimen oder staatsfeindlichen Verbindungen, ganz abgesehen davon, daß die Teilnahme immer auf den Einzelfall abzustellen ist. Daß aber in diesem Einzelfall nicht gewaltsam zum Umsturz aufgerufen wurde, daß die Absicht Gärtners in erster Linie darauf ging, künstlerisch zu wirken, vermag jeder Unbefangene zu beurteilen. So primär war dieses Wollen, daß der Vorfall zu einer strafbaren Handlung gar nicht auskommen konnte.

Endlich ist übersehen worden, daß der Vortrag Gärtners als nicht öffentlicher zu bezeichnen ist, weil er vorgetragen wurde vor einer geschlossenen Mitgliederversammlung, also vor einem durch persönliche Beziehungen zusammengehaltenen Kreise von Personen.

Gegen das Fehlurteil ist ein Rechtsmittel nicht zugelassen. Es bleibt der Verteidigung nichts übrig, als die Bundesgenossenschaft der einschlägigen Kreise zu suchen und auf diesem Wege die Geister ganz ähnlich wach zu rufen, wie es seinerzeit im Fetschenbach-Prozeß geschehen ist und darüber hinaus davor zu warnen, die durch die Verfassung zum größten Teil erledigte Zensur auf dem Umwege über die Rechtsprechung wieder einzuführen. Wenn das den reaktionären Kreisen gelingt, dann blüht ihr Weizen besser als unter dem alten Regime. Dieses begnügt sich mit der Zensur des Polizeiamtes. Den Gefängnisdirektor rief es im allgemeinen nicht.

Das alte Regime fühlte sich sicherer. Seine Richter, die fast durchweg auch die jetzigen sind, füllten kein Urteil gegen das Kaiserreich. Urteile gegen die Republik zu fällen, dazu ist nunmehr auch der Staatsgerichtshof übergegangen auf Grund eines Befehles, das nach der Ermordung Rathenaus geschaffen wurde, um die junge Republik tunlichst gegen Nordbuben zu schützen!

Gibt dieses Gesetz aber wirklich die formal juristische Möglichkeit, künstlerischer Betätigung, ganz gleich welcher Art, zu hemmen, dann ist es Zeit, daß dieses Gesetz verschwindet.

### Moskau zermalmt alles.

„Die Antimoskauer bleiben auf der Strecke.“

Die „Rote Fahne“ jetzt das Schlachten fort. Augenblicklich werden Werner Schölem und Arthur Rosenberg endgültig erledigt. Eine Schimpfanonade von zwei Seiten wird auf die Haupter dieser Sinder losgelassen. „Gesichtskreis von Honoratioren einer hinterpommerschen Kleinstadt; Geist des Stammtisches; Stupidität ohne gleichen; Ignoranz, wie sie bisher kaum glaublich erschien; dünne, langgezogene, bis zum Ueberdruß eintönige Musik der Razenjammerstimme vom Nickermittwochmorgen; Sequate aus dem Froschreich“ mit solchen Liebesswürdigkeiten werden die bisherigen Heroen des wahren Bolschewismus bedacht. Der Stand der Lage — um im Stil der „Roten Fahne“ zu reden — ist klar. Die Ultralinken sollen hinausgeschmissen werden, an ihre Stelle treten die Rechten. Schon taucht Paul Böttcher, der verlassene Sachminister, aus der Verfernung wieder auf, um tiefgründige Weisheiten über „abzu-führende Führergarnituren“ vorzutragen. Wie sich die Sache in der RPD. entwickeln wird, das schildert sehr niedlich ein gläubiger Kommunist im halleischen „Klassenkampf“:

„Nieder mit der Fraktionsbildung innerhalb der Partei.“ Ich die „Linke“, nachdem sie in Frankfurt „gesiegt“ hatte. — In Wirklichkeit hieß das: Die „linke“ Fraktion ist am Ruder, es hat einzig und allein nur noch Daseinsberechtigung, diese „Linke“! Die „Linke“, das ist die RPD. Punktum! — Ehemals herrschten die „Brandlerianer“, jetzt die „Linken“!

Ah, es war eine traurige Komödie, diese ganze „Reinigung der Partei“.

Und jetzt? Genossen, jetzt ist die „Gruppe Fischer-Maslow“ gestürzt, jetzt besteht die Gefahr, die Sache einfach umzustülpen

und zu schreien: Nieder mit der „Linken“, es lebe die „Rechte“! Natürlich ist man nicht so dumm, diese nackten Worte zu gebrauchen. Unsere „Rechten“ nennen sich „Kominintern-treue“ und empfehlen sich als diejenigen, „die es schon längst gewußt haben“. Es wäre unverzeihlich, wenn

jetzt die Parole aufkäme: Ablösung vor!

Dann wäre alles umsonst, dann würden nur die „bozaffigen“ Fraktionen wechseln und

das ganze Bozaffentum bliebe erhalten!

Diese Gefahr ist größer als es scheint. So wie sich damals die „Linke“ hinter einer angeblichen „Bolschewisierung“ verbarg, versteckt sich jetzt der Brandler-Anhang hinter neuen univertellen Parolen. Die breiten Mitgliedermassen der Partei müssen dafür sorgen, daß die Parteileitungen kollektive Körperschaften werden, die selbst Gemeinschaftsarbeit leisten und auch Gemeinschaftsarbeit wecken und pflegen können! Die ganze Fraktionskomödie muß endlich einmal aufhören. Und das kann nicht durch Boykott, das kann nur durch gemeinsames Lernen (das ist allerdings mehr als nötig, D. Red.) an Hand der gemachten Erfahrungen und der leninistischen Theorie geschehen. Da sehen wir jetzt schon wieder, wie sich die Funktionäre herumstreiten. Genug damit! Es muß mehr gearbeitet werden. Im Briefe des Offi wird ein „neuer Ton“ gegen die Arbeitsbrüder, die noch nicht zur Partei gehören, gefordert. Auch innerhalb der Partei müssen wir Schritte machen mit allen fraktionellen und personellen Anrempelungen und einen „neuen Ton“ finden!

So ungefähr entwickeln sich augenblicklich die Dinge in der RPD. und diese Entwicklung begrüßt die „Rote Fahne“ im Feinddruck:

„Moskau marschiert! Moskau marschiert unbarmherzig und zermalmt alles mit seinem ehernen Willensschritt, was da wagt, sich diesem Vormarsch entgegenzustellen, sei es außerhalb oder innerhalb der Partei!“

Ganz so redete Wilhelm. Auch er „zerschmetterte“, was sich ihm entgegenstellte“, mit dem bemerkenswerten Resultat, daß er zerschmettert am Boden blieb. Moskau kann beruhigt sein: wenn es so weiter zermalmt, wird es dem Schicksal Wilhelms nicht entgehen.

### Ehrhardt wird wählerisch.

Er hat eine unbegreifliche Abneigung gegen Leipzig.

Reinolds-Ehrhardt veröffentlicht in „Münchener Blättern“ eine Erklärung, wonach er seine Ausschließung von der Urliste begrüßt. Er lehne es aber nach wie vor ab, sich vor dem Staatsgerichtshof zu verantworten, sei dagegen bereit, vor dem zuständigen ordentlichen Gericht zur Verhandlung zu erscheinen!

Das tut ihm passen, dem „Conful“? Eine kleine, rüffelige Justizkomödie vor einem Münchener Amtsgericht, über dem als oberste Instanz Ehrhardts Putschkomplize von 1923, der Herr Oberlandesgerichtsrat v. Kahr schwebt! Seit wann ist es für staatsbrüchlich verfolgte gemeine Verbrecher üblich geworden, sich das Gericht aussuchen zu dürfen?

Uebrigens: Hat sich die Münchener Kriminalpolizei überzeugt, welchen Poststempel die Zuschriften an die „Münchener Blätter“ tragen?

Ermordung kommunistischer Jugendpioniere in Russland. Unweit der Eisenbahnstation Scharja sind zwei kommunistische Jugendpioniere ermordet und mit abgeschweiften Köpfen gefunden worden. Die Mörder sind nicht entdeckt worden, man vermutet sie unter Bauern, die der kommunistischen Jugendbewegung feindlich sind.

Polnisch-litauische Luftnachbarschaft. Ein litauisches Militärflugzeug landete auf polnischem Boden im Wilnaer Gebiet. Das Flugzeug wurde von den polnischen Behörden beschlagnahmt, Flugzeugführer und Beobachter festgenommen.

Japan verbietet eine französische Funktion. Die Reuter meldet, erklärte ein Vertreter des japanischen Außenministeriums, daß die kürzlich eröffnete französische Funktion in Rußland auf den amtlichen japanischen Einspruch hin ihren Dienst eingestellt hat, obwohl Tschangsolin die Fortführung des Dienstes zugesichert hatte.

## „Der Ludergeruch der Revolution“

Von Paul Gutmann.

Ein Berliner Mittagsblatt bringt die löbliche Mitteilung, daß der frühere Landrat v. Bonin ein Ersuchen an die Kammerliche Provinzialsynode gerichtet habe, in den Kirchen die „Bitte für das Königliche Haus“ nicht zu unterlassen, da Preußens König durch ein Verbrechen vertrieben worden sei, wie es wohl noch niemals schlimmer gegen ein ganzes Volk begangen worden ist. So unglaublich diese Meldung klingt, so braucht man in Deutschland, dem Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten, an ihrer Richtigkeit nicht zu zweifeln. Dieser Gedankenblitz erleuchtet die Geistesfinsternis eines großen Teiles jener Kreise, die ein Patent auf nationale Besinnung zu haben glauben. Er ist ein sehr deutliches Symptom einer Denkweise, die nicht nur im Lande Pommern, sondern in weiten Schichten des Deutschen Reiches zu finden ist. Echtes, unverfälschtes Preußentum!

Als König Friedrich Wilhelm IV. nach der Revolution vom Jahre 1848 davon Nachricht erhielt, daß der Gedanke, ihm die deutsche Kaiserwürde anzutragen, in vielen Köpfen reife, schrieb er an seinen Freund Bunsen, damaligen Gesandten in London, folgende Worte: „Die Krone, die ein Hohenzoller annehmen dürfte, wenn die Umstände es möglich machen könnten, ist keine, die eine, wenn auch mit kaiserlicher Zustimmung eingelegte, aber in die revolutionäre Saat geschossene Verfassung macht, sondern eine, die den Stempel Gottes trägt, die den, dem sie aufgesetzt wird, nach der heiligen Ordnung, „von Gottes Gnaden“ macht, weil und wie sie mehr denn 34 Fürsten zu Königen der Deutschen von Gottes Gnaden gemacht hat. Die Krone, welche die Ottonen, die Hohenstaufen, die Habsburger getragen, kann natürlich ein Hohenzoller tragen; sie ehrt ihn überschmänglich mit tausendjährigem Glanze. Die aber, die Sie meinen, verunehrt überschmänglich mit ihrem Ludergeruch der Revolution von 1848, der abernisten, dümmsten, schlechtesten, wenn auch gottlob nicht bösesten dieses Jahrhunderts. Einen solchen imaginären Keis, aus Dred und Letzen gebaden, soll ein legitimer König von Gottes Gnaden und nun gar der König von Preußen sich geben lassen, der den Segen hat, wenn auch nicht die älteste, doch die edelste Krone, die niemandem gestohlen worden ist, zu tragen?“

Inzwischen ist eine bössere Revolution eingetreten und hat nicht nur die Krone des Königs von Preußen, sondern auch die von einigen zwanzig anderen Bundesfürsten hinweggefegt. Vielmehr lassen die Kronen bereits so wackig, daß ein Kopfnicken genügt hätte, sie fallen zu lassen. An diesen Tatsachen ist nicht zu rütteln, und die Vorgänge von 1918 sind ebenso geschichtliches Recht geworden, wie die Berufung des Nürnberger Burggrafen in die Mark. Wenn alles recht bleiben sollte, was einmal recht gewesen ist, so würden wir erbauende Dinge erleben. Es war einmal geschicktes Recht, das

wendischen Moloch Menschenopfer darzubringen. Der Gutsherr hatte das geheiligte Recht auf die Hochzeitsnacht bei seinen weiblichen Untergebenen. Die ehemalige Königslinie von Hannover könnte den hannoverschen Thron für sich beanspruchen. In evangelischen Kirchen müßten die Heiligenbilder wieder verehrt werden, die von einer Revolution, die schönfärbereck Reformator genannt wird, beseitigt worden sind. Ja, man müßte noch weiter geben, und z. B. in der Peterskirche zu Rom dem Jupiter und den übrigen heidnischen Gottheiten Opfer bringen. Was aber wiederum gegen das noch ältere latinisch-etruskische Recht verstoßen würde. Frankreich müßte mit Deutschland zu einem Reiche vereinigt werden, und Baden müßte die Hauptstadt sein. Alle deutschen Klöster und Bistümer müßten wieder eingeseht werden und — nein dieser Salat von altem Recht wäre gar nicht auszudenken.

Die Reaktionäre, die das Rad der Weltgeschichte zurückdrehen möchten, sind sich nicht klar darüber, in welchen Wirrwarr sie geraten würden. Die bedeutendsten geschichtlichen Tatsachen in der Welt sind die Ergebnisse irgendeiner Revolution, ob sie nun vom Volk, ob sie von gefallenen Königen gemacht worden ist. Friedrichs Kriege gegen Habsburg waren revolutionär, wie die Kämpfe der französischen Könige gegen den Adel revolutionär gewesen sind. Rechte müssen erworben werden, veraltete Rechte verbreiten einen überlen Gestank als der „Ludergeruch der Revolution“. Die das nicht einsehen, und dem lebendigen Dienst am Staat einen überlebten Högenfalk entgegenstellen, sind Schädlinge am Gemeinwohl. Aber auch diejenigen, die an den vordersten Stellen der Republik stehen, sollten, wenn sie auch die Republik nicht offen bekämpfen, doch die Scham beiseite lassen, die Republik beim Namen zu nennen. Das Hoch auf das deutsche Vaterland, das wir alle lieben, müßte selbstverständlich ein Hoch auf die deutsche Republik sein.

### Der Kapitän mit Hörnern.

Ein famoser Seebär, dieser Kapitän Berella; daß er nicht zu seiner legitimen Frau ins Bett steigt, verdenkt man ihm kaum. Denn die tugendhafte Dame hat schon اکنونiel von ihren Reizen eingebüßt. Dieser blühliche Rest gefüllt nur noch dem Oberlehrer Paul, der bald Vater eines aus dieser heimlichen Betrüchtigkeit gewordenen Kindes sein soll. Nun ist große Not. Wie wird die tugendhafte Frau ebenso tugendhafte Mutter? Der Doktor und der Apotheker helfen aus. Sie streuen in die Nachtschlochte ein Pötelein, das den Seebär ganz außer Rand und Band bringt. Nicht nur die Schlampe von einem Dienstmädchen muß daran glauben, sondern es zeigt sich auch, daß die tugendhafte Frau Berella ganz wider Erwarten ihres Gatten genoh. Hurra, der Vater des stillig verwaisten Kindes ist gefunden! Die Dame wird die Nase wieder hoch tragen können. Der Oberlehrer Paul wird wieder seine ganze Heuchelei auf alle die anderen Schulmeisterjugenden, mit denen er sich löstlichlich aufstellt, prahlen lassen.

Luigi Brandello nennt dieses Hahnreißtück „Mann — Laog — Jugend“ und sagt das Ganze noch ein „Reichnis“.

Die Kammerspiele führen es auf. Für die Farce sind Titel und Arbeitsbezeichnung zu großmäulig. Doch es muß gesagt werden, daß die Grazie hinter den Worten des Farceurs spielt. Er legt die Schweinerel, die nicht sehr beleidigend ist, viel besser als ein anderer. Da, keine dramaturgischen Entlassungen sind das hübscheste, man möchte sagen, das philosophischste. Dort, wo das Stück eine Krone erhalten soll, also im dritten Akt, wird die ganze Geschichte zum gewöhnlichen Schwanz. Doch alles übrige ist leise, listig und mehr als geschickt vorbereitet. Man versteht es, warum Brandello auch die schlauerer Köpfe Europas für sich gewinnt.

Der Kapitän mit den Hörnern wird von Oskar Homolka gespielt, jenem jungen Künstler, der durch Bewegung und ausgiebige Knacklichkeit und bizarres Gesicht schon sehr auffällig wirken kann. Noch fehlt ihm die Kraft, durch das Wort alles zu bezwingen, was ihm mimisch schon gelingt. Die verschüttete, eher unmoralisch als tugendhafte Natur der in all diesem Wirrwarr eingemickelten Frau Berella entspricht durchaus der Theateratur des Fräuleins Denera, die sich schon oft bewährte als eine Virtuostin des aufrichtig oder verlogenen gebrochenen Herzens. Max Galkorff ist ein ganz besonderer Flüsterer, der seine Rede niemals dickflüssig von sich gibt. Dazu dieses verschwommene, etwas fettig verquollene Gesicht mit den unbestimmten Augen. Galkorff, meisterlich in der Darstellung der lubimierten Biddheit, scheint besonders gut für die durch Gefühl und Gedanken überreizten Narren Brandellos zu passen. Dieser Italiener, begabt mit einem gesunden Schuß Trivialität, flüchtet immer wieder vom Klischee in die Kunst hinaus. Seine Taucherkunststücke, die geradeaus hineinziehen in den Sumpf der Weltentorportage, aus der er das Ergößlichste an den Tag hinaufbringt, wirken durchaus erfreulich. m. h.

Die „Nationalbühne“ und die Schauspieler. Von den meisten der Künstler, die die „Nationalbühne“ vor ihren Reklamewagen gespannt hat, ist schon auf die erneute Ausbeutung ihrer Namen geantwortet worden. Sie wollen entweder mit dieser nationalistischen Gründung nichts zu tun haben, oder haben überhaupt nichts von dem Aufruf, unter dem ihr Name steht, gewußt oder doch nach Kenntnisnahme der wahren Sachverhalte ihre Unterschrift zurückgezogen. — Wie muß es um den inneren Kern einer Sache stehen, die mit so großen Worten loslegt und so merkwürdige Methoden anwendet, um Gimpel zu locken?

Die Südbische Oper beginnt am Donnerstag die Erschauführung des „Ring der Nibelungen“ mit dem „Reingold“. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Reuß, die Spielleitung Dr. Gault.

Die Beerdigung von Reich Helmann findet am Freitag 12 Uhr im Weihenstephan statt.

Kölnen Bühne Presse. Die deutsche Gariendangeellschaft, die deutsche Bühnengenossenschaft und der Reichsverband der deutschen Presse, Bezirksverband Berlin, veranstalten am 12. November in den Gesamträumen des Zoo ein großes gemeinsames Ballfest unter dem Titel „Blumen Bühne Presse“.

Ein Gort-Roman im „Bücherkreis“. Ein in deutscher Sprache bisher nicht veröffentlichter Roman von Maxim Gorki, „Der Sohn der Sonne“, erscheint Anfang Dezember im „Bücherkreis“. Der „Bücherkreis“ eröffnet mit dieser Publikation sein 2. Geschäftsjahr.

## Die Geschäfte der Zigaretten.

In der heutigen Sitzung wird ausschließlich die Frage erörtert, ob die Landespfandbriefanstalt, nachdem ihr die Anteile an der „Sisi“ und am Bureauhaus Börse verpfändet waren, genügend gedeckt war. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß die Miet- eingänge rund 670 000 M. betragen und daß der Grundstücks- wert höchstens mit dem zweifachen Mietwert hätte eingelegt werden können. Die Landespfandbriefanstalt hat das Gesamtobjekt um eine Million Mark zu hoch angenommen. Es zeigt sich, daß Nehring stets nur auf Grund der Angaben der Carlweitz und Eydhoffer gehandelt hat, ohne eine genaue Nachprüfung vorzunehmen. Selbst bei Annahme der höheren Einschätzung der Objekte ist die Beleihung weit über die Wertgrenze hinausgegangen, die bei einem Hypothekengeschäft zulässig und üblich ist. Der Vorsitzende kommt zu dem Ergebnis, daß möglicherweise unter Hinzunahme der Zigaretten-Güter die Pfandbrief- anstalt noch gerade ohne Schaden aus der Sache herauskommen könne.

Angelagter: Ich glaube, das wäre auch der Fall ohne die Zigaretten-Güter.

Vors.: Auf der anderen Seite freilich sind heute bei der Geldknappheit selbst billige Häuser nicht zu verkaufen. Wenn man Ihre kaufmännischen Mißerfolge in einer Linie zusammenstellt, Schappach mit 140 000 M., die verfehlten Spekulationen mit 114 000 M., die deuchtungslose Kreditvorgabe von 200 000 M. und nun noch diese letzten Manipulationen des Herrn Lüders, ist Ihnen da als Jurist nicht der Gedanke gekommen, daß dahinter etwas mehr steckt, als bloße Unfähigkeit? Ist Ihnen nicht der Gedanke gekommen, daß Lüders mit den übrigen Angeklagten oder mit der Firma Schappach irgendwie liiert war.

Angel. Nehring: Rein, das halte ich auch heute noch für ausgeschlossen. Lüders war mir auch hinsichtlich seines Charakters von der Sozialdemokratie Pommerens und von der Stettiner Sparkasse so günstig geschildert worden, daß ich daran nie gedacht habe.

Vors.: Ich stehe bis jetzt vor einem völligen Rätsel, wie ein Kaufmann so etwas machen kann. Dem Juristen, aber auch dem Kaufmann mußte doch zunächst der Gedanke kommen, daß da irgend etwas nicht in Ordnung ist.

Daß in dieser Richtung auch irgend etwas nicht stimmt, geht ja auch aus den Anträgen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses hervor, die einen offensichtlichen Unterschied zwischen Ihnen und Herrn Lüders machen. Wir werden Lüders ganz eingehend Gelegenheit geben, sich zu diesen Punkten zu äußern. Seine Vernehmung wird tagelang dauern. Ihnen ist also nie der Gedanke gekommen, daß das Schicksal Lüders' in irgendeiner Weise an das des Schappach oder der anderen gebunden war.

Angel. Nehring: Rein, niemals, auch heute noch nicht. Ich habe in Stettin mit dem Oberbürgermeister und mit dem Stadtrat der Sparkasse ausführlich über Lüders gesprochen.

Vors.: Na, die Stettiner Sparkasse hat als öffentliches Institut eine Haltung angenommen, die sehr schwere Ansetzungen ausgeht war und noch heute ist. Dann hat die Pfandbriefanstalt einen Honorarschein über 10 000 Mark für Justizrat Behrend ausgestellt. Wie kamen Sie dazu? Sie hätten doch keine Veranlassung, dem Anwalt der Vertragsgegner mit einer Summe zu bezahlen, die das Mehrfache eines Amtseinkommens ausmacht.

Angel.: Wir brauchen einen juristischen Berater. Der Vorsitzende hielt dann dem Angeklagten vor, daß die P.K. auch die Rechtsanwaltskosten für das Zigaretten-Konkordat getragen habe und knüpfte daran die Frage, aus welchem Grunde Geheimrat Nehring auch diese Zahlung geleistet habe.

Angel.: Die Herren v. Carlweitz, Eydhoff und Karstedt hatten selbst kein Geld.

Vors.: Herr v. Zigaretten ist doch aber ein natürlich reicher Mann gewesen und hatte bis dahin keinen Pfennig Geld in das Geschäft gesteckt. Warum zogen Sie den nicht heran?

Angel.: Herr v. Zigaretten sagte mir, daß ihm die Güterverwaltung zu viel Geld kostete. Vors.: Dann hätten Sie eben mal mit der Faust auf den Tisch gehauen und gesagt: „Bitte jetzt zahlen Sie endlich“, denn schließlich war es doch Herr v. Zigaretten, der bis dahin ohne einen Pfennig zu riskieren, mit den Krediten der P.K. ein Riesengeschäft machen wollte. Angell.: Ich habe mich nach dieser Richtung hin bemüht, aber in der nächstfolgenden Zeit hat Herr v. Zigaretten nicht gezahlt.

Vors.: Es war Ihnen eben unangenehm, gegen Herrn v. Zigaretten vorzugehen. Angell.: Im Interesse des Geschäftes allerdings.

## Die deutsch-polnischen Verhandlungen. Neue Schwierigkeiten.

Warschau, 23. September. (T.) Mehrere Mitglieder der polnischen Vertretung bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind aus Berlin in Warschau eingetroffen, um von der Regierung neue Informationen einzuholen. Sie erklärten Journalisten, daß die deutschen Vertreter nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Fragen erörtert hätten. So seien von ihnen gewisse Forderungen in der Optantenfrage gestellt worden. Die deutschen Vertreter hätten ferner den Abschluß eines Wirtschaftsvertrages für ein Jahr verlangt, während die polnischen Vertreter ein solches nur für neun Monate bewilligen wollten. Deutschland verlange außerdem die Einräumung der Reisefreigangsgesetze und die Festsetzung von bestimmten Zöllen für die deutschen Waren. Die deutschen Vertreter waren andererseits bereit, in der Einfuhr polnischer Rohstoffe gewisse Zugeständnisse zu machen. In politischen Kreisen herrscht die Ansicht, daß trotz dieser Differenzen eine Aussicht auf eine Verständigung mit Deutschland bestehe.

Wie die Telegraphen-Union hierzu von zuständiger Stelle erzählt, haben zwischen der deutschen und der polnischen Delegation Verhandlungen stattgefunden, in denen die Grundfragen der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen eingehend erörtert wurden. Hierbei stellte sich heraus, daß die polnische Regierung im Begriff ist, neue Zolltarife auszuarbeiten. Bei dieser Sachlage wurde daher von der deutschen Delegation vorgeschlagen, die weiteren Verhandlungen bis zur Bekanntgabe der neuen polnischen Zolltarife auszusetzen. Die polnische Delegation hat zugestimmt, sobald wie möglich die neuen polnischen Zollsätze der deutschen Regierung bekannt zu geben.

Nach den letzten Meldungen aus Warschau wird im polnischen Finanzministerium an dem neuen Zolltarif gearbeitet, da er die Grundlage für die Handelsvertragsverhandlungen bilden soll.

## Hungerstreik in Toulon.

Protestation gefangener französischer Matrosen.  
Paris, 23. September. (T.) Der kommunistische Abgeordnete Cochin hat, wie „Humanité“ mitteilt, an den Marineminister ein Schreiben gerichtet, in dem er diesen davon in Kenntnis setzt, daß seit dem 17. September die Mehrzahl der im Militärgefängnis von Toulon sitzenden Matrosen, von denen einige wegen Teilnahme an der Meuterei auf den Panzerkreuzern Paris und Courbet verurteilt worden sind, in den Hungerstreik getreten ist, um gegen die von ihnen behauptete schlechte Nahrung und schlechte Behandlung zu protestieren.

## Bürgerliche Zersplitterung.

Es scheint Leute im Bürgertum zu geben, die Gewicht darauf legen, die politische Unfähigkeit des Bürgertums deutlich zu demonstrieren. Jedes Kind weiß, daß auch in der Gemeinde wirkliche Leistungen nur von großen und starken Parteien durchgeführt werden können, daß die Zersplitterung nicht nur für die in Betracht kommenden Kreise selber schädlich ist, sondern daß darunter überhaupt das gesamte Getriebe des staatlichen und kommunalen Lebens leidet. Zu den Parteien, die das Bürgertum im Berliner Rathaus augenblicklich vertreten, sollen jetzt noch weitere Splintergruppen hinzutreten. Von den Deutschnationalen werden sich selbstverständlich die Böckischen absondern, die den schmähligen Umfall der Reiterpartei an den Sicherheitspaktverhandlungen auszumachen gedenken. Herr Kunze scheint auf seinen eigenen Loden bestehen zu wollen. Und als

## Genossen und Genossinnen!

Sonntag, den 27. September, vormittags,  
in allen Abteilungen Groß-Berlins  
Verbreitung der Extra-Ausgabe des Vorwärts  
Für alle Parteimitglieder ist es Ehrenpflicht,  
hierbei mitzuwirken.

gang besonders mit staatsmännischen Eigenschaften behaftete neue Gruppe gefüllt sich jetzt die Nationalliberale Reichspartei all den Splintern hinzu. Diese aus der Deutschen Volkspartei ausgeschiedene Generaldirektorengruppe hat vergeblich versucht, bei den beiden Rechtsparteien Unterschlupf zu finden. Als sie mit diesem Verlangen abblühte, sah sie sich den Entschluß, sich in eigenen Listen an den Berliner Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen. Jeder blamiert sich eben so gut wie er kann. Das Groteske an der ganzen Sache ist nur das, daß ausgerechnet diese lächerlich kleinen Gruppchen in der Deffektivität so tun, als ob sie staatsmännische Weisheit förmlich mit Löffeln gefressen hätten. Die Sozialdemokratie verlorpört demgegenüber die Geschlossenheit großer, einheitlich zusammenhaltender Volksmassen; nur sie ist imstande, eine wirkliche Politik auf lange Sicht zu Erfolg durchzuführen.

## Zentrumskandidaturen fürs Rote Haus.

Das Berliner Zentrum hat dieser Tage seine Kandidaturen für die Stadtverordnetenwahlen aufgestellt. Von den bisherigen Zentrumskandidaten scheiden verschiedene aus: Kammergerichtsrat Dr. Schmidt ist im Dezember in den Preussischen Landtag gewählt, wo er häufig als Wortführer der Zentrumskandidatur hervortritt. Er verzichtet deswegen auf sein Rathausmandat. Ferner scheiden aus: Obermeister Viethen und der Gewerkschaftsbeamte Kaser, der nach Hannover verzogen ist. Außerdem legt die Regierungspräsidentin Fräulein Ehlers ihr Mandat nieder. Die Stadtverordnete Ehlers erfreute sich großer Beliebtheit bei allen Fraktionen des Hauses dank ihrer außerordentlichen Sachkenntnis auf allen sozialen Gebieten. Die neue Liste der Zentrumskandidatur heißt jetzt Dr. Salzgeber, Fräulein Frohn-Charlottenburg, Stadtrat Treffer-Reutöhl (der in Reutöhl abgewandert), Stadtverordneter Lange, Stadtverordneter Anton Schmidt, Dr. J. Birk, Stadtrat Edders (bisher unbekanntes Mitglied des Magistrats), Kaufmann Rietmüller und Direktor Galle. Eine Veränderung der politischen Haltung des Zentrums, das im allgemeinen im Rathaus eine mittelparteiliche Stellung eingenommen hat, in wirtschaftlichen Fragen oft mit der Linken, in kulturellen Fragen aber stets mit der Rechten ging, ist von dieser neuen Liste nicht zu erwarten.

## Eine nächtliche Autofahrt.

### Mord und Selbstmord.

Eine geheimnisvolle Droschkenfahrt beschäftigt die Charlottenburger Kriminalpolizei. In der vergangenen Nacht gegen 3 Uhr erschien auf dem 132. Revier ein Kraftdroschkentfahrer und meldete aufgeregt, daß seine beiden Fahrgäste, ein Herr und eine Dame, schwerverletzt im Wagen lagen.

Die Beamten fanden den Herrn in der einen und die Dame in der anderen Ecke des Wagens mit stark blutenden Kopfverletzungen bewußtlos daliegen und brachten sie gleich mit der Kraftdroschke nach dem Krankenhaus Westend. Hier fand man bei dem Herrn Papieren, die auf einen Freiherrn Arnold von Krane vom Kaiserdam in Charlottenburg lauteten. Die Dame hatte keinen Ausweis bei sich. Beide sind schwer verletzt und auch jetzt noch lebensgefährlich. Bei dem Manne wurden im Krankenhaus zwei Kopfschüsse, darunter ein Stichschuß, bei der Dame ein Kopfschuß, der ebenfalls aus nächster Nähe abgegeben ist, festgestellt. Die Leiden hatten den Chauffeur, wie dieser berichtet, an der Ecke der Suarezstraße und des Kaiserdamms zu einer Fahrt über die Reichstraße in der Richtung nach dem Spandauer Bock angehalten. Der Chauffeur fuhr jedoch, weil die Reichstraße zurzeit gesperrt ist, durch die Baden-Allee. Hier hörte er einen Knall. An einen Schuß dachte er nicht, er nahm an, daß seine Fahrgäste ein Liebespärchen seien, das eine Nachtfahrt mit zunächst unbestimmten Ziele machen wolle. In der Annahme, daß ihm ein Reifen geplatzt sei, hielt er in der etwas dunklen Allee an, um nachzusehen, ging um den Wagen herum, untersuchte ihn, fand alles in Ordnung und fuhr weiter. Die Dame hatte ihn aus dem Wagen heraus, als er hielt, gefragt, ob etwas los sei. Auf seine Erwiderung, es sei nichts passiert, gab sie ihm die Weisung, in derselben Richtung die Fahrt fortzusetzen. An der Rundbahn Ruhleben rief sie wieder hinaus, diesmal mit der Weisung, leicht zu machen und in der Richtung nach Berlin zurückzufahren. Dann vernahm der Chauffeur noch einmal ihre Stimme. Sie gab jetzt den Auftrag, wieder nach der Baden-Allee und dem Kaiserdamms zu fahren. Seitdem hörte er nichts mehr. In der Baden-Allee wollte der Mann endlich wissen, wohin denn nun die Fahrt eigentlich gehen sollte. Untermwegs hatte er wieder zweimal ein Geräusch gehört, das Revolverschüssen ähnlich war. Wieder ging er um den Wagen herum und fand ihn auch jetzt wieder unbeschädigt. Runneke fragte er in den dunklen Wagen hinein nach dem Ziel der Fahrt, erhielt aber keine Antwort. Jetzt sah er die beiden Fahrgäste blutüberströmt und lebensgefährlich in den Ecken liegen und fuhr nach dem Revier. Nach dieser Darstellung hat es den Anschein, als ob die Dame zunächst dem Herrn einen Schuß, später den zweiten beibrachte und endlich auch sich selbst in den Kopf geschossen hat. Ihre Persönlichkeit ist noch nicht bekannt. Sie ist etwa 28 Jahre alt, dunkelblond und elegant gekleidet. Die Charlottenburger Kriminalpolizei hat sofort alle Ermittlungen zur Aufklärung des noch dunklen Vorganges eingeleitet.

## Selbstmord oder Verbrechen?

Zu dem Tode des Technikers Erich Sprafke wird mitgeteilt, daß die Frage, ob ein Selbstmord oder ein Verbrechen vorliegt, noch nicht geklärt ist. Um einen Raubmord handelt es sich jedenfalls nicht, weil in der Wohnung nichts fehlt. Möglicherweise ist ein Verbrechen aus Rache vorliegt. Daß zwei Personen in der Wohnung gewesen sind, geht schon aus der Benutzung zweier Wein- und Kognatflaschen hervor. Es wird weiter bestätigt durch den Fund von Zigarettenstummeln. Sprafke tätete seine abgebrannten Zigaretten jedesmal, indem er den Stummel zer-

drückte. Im Aschenbecher lagen nun drei Stummel, die so behandelt worden sind und drei andere, die ausgepöht und nicht durch Zusammendrücken gelöscht worden sind. Der dritte zweite Person war, wie man noch nicht. Auf dem ausgepöhten Aschenbecher stand ein moderner Schöler: „Wenn die Liebe nicht so teuer wäre“. Auf dem Stuhl neben seinem Bett lag eine Bibel, die beim 25. Kapitel des 3. Buches Mose aufgeschlagen war. Sprafke wird als ein solider Mann geschildert. Den Wirtin, bei denen er in der Gegend des Kaiser-Wilhelm-Platzes zu verkehren pflegte, war er ein angenehmer Gast. Er trank nur wenig und war stets still und ruhig. In weiblicher Begleitung sah man ihn nur selten. Wie festgestellt wurde, hatte er die Flasche Cherry Brandy am Donnerstag voriger Woche kurz vor Geschäftsbeginn in einem Laden in der Sedanstraße gekauft. Woher die Flasche Weib-frauenmilch stammt, ist noch nicht ermittelt. Liegt kein Selbstmord vor, so ist wohl anzunehmen, daß eine Frau ihre Hand im Spiele hatte. Mitteilungen zur Aufklärung nehmen die Kommissare Moritz und Dr. Anuschat im Zimmer 53 des Polizeipräsidiums entgegen.

## Wenn Steuer und Bremse versagen. Folgeschwere Unfälle.

Bei Eidenborn im Saargebiet fuhr ein mit fünf Personen besetzter Lastkraftwagen infolge des Versagens der Steuerung über einen Dünghaufen gegen ein Haus und brüllte die Mauer vollständig ein. Während der Wagenlenker rechtzeitig abspringen konnte, wurde von den vier Insassen einer sofort getötet, die anderen schwer verletzt. — In Dederan in Sachsen fuhr ein von einer Dame gesteuertes Auto infolge Versagens der Bremse in eine Feuerwehrröhre zu schauende Menschenmenge. Dabei wurde ein achtjähriger Knabe lebensgefährlich verletzt, während zwei Mitglieder der Feuerwehr Beinbrüche erlitten. — Auf der Landstraße bei Rhens am Rheinland überfuhr ein Personenkraftwagen 4 Personen aus Rhens. Das Ehepaar Meyer und deren 18jährige Tochter wurden auf der Stelle getötet, während die vierte Verunglückte, eine Dame aus Rhens, schwerverletzt ins Krankenhaus geschafft werden mußte. — Auf der Landstraße von Brand nach Kornelshausen bei Kachen fuhr eine Automobilistin in eine Gruppe von Fußgängern hinein. Einer von diesen wurde sofort getötet, drei wurden schwerverletzt, von denen einer noch in der Nacht starb.

## Keine Mieterhöhung im Oktober.

Unsere Mitteilung über die gleichbleibenden Mieten für den Monat Oktober im heutigen Morgenblatt enthält einen Druckfehler. Statt 86 Proz. muß es 78 Proz. heißen. Es sind also im Oktober 82 bzw. 78 Proz. der Friedensmiete zu zahlen.

Zur Verschönerung des Stadtbildes. In Berlin ist die Zahl der auf öffentlichen Plätzen und in städtischen Parkanlagen aufgestellten Kunstwerke nicht groß. Zu ihrer Vermehrung will der Magistrat auf Vorschlag der städtischen Kunstdeputation und im Einvernehmen mit den Bezirksamtern folgende aus Mitteln des städtischen Kunstfonds erworbene Kunstwerke aufstellen: 1. Bronzefigur „Anbetung“ von Prof. Ernst Seger auf dem Johannisplatz in Grunewald; 2. Bronzefigur „Jüngling im Kampf mit einem Eber“ von Prof. Ludwig Cauer auf dem Platz am wilden Eber in Zehlendorf; 3. Bronzegruppe „Fuß mit Sans“ von Erich Schmidt-Reisner im alten Park in Tempelhof; 4. Steinbildwerk „Dämmerung“ von Otto Bascel in den Gartenanlagen am Weihen See in Weihensee; 5. Bronzefigur „Der Bogler“ von Prof. Artur Lemm-Hunde auf dem Schmalplatz am Markt in Pantow. Der Magistrat ersucht die Stadtverordnetenversammlung um Zustimmung.

Das Hof-Theater erzielte am Sonntag nachmittag mit Sudermanns Schauspiel „Die Ehre“ die lebhafteste Zustimmung eines ausverkauften Hauses. Obwohl das Stück bereits 36 Jahre alt ist, paßt es auch heute noch ein theaterfreudiges Publikum. Es waren alle bei der Sache und Traute Rose, Lotte v. Schorow, Ellen Maria Treburg, Martin Knappell, Kurt Nikulski uim. hatten den Beifall wohl verdient.

Die Stadt Berlin und die Hochbahn. Vor der Zivilkammer des Landgerichts I fand die Verhandlung der Klage statt, die von einer Reihe von Aktionären der Stadt Berlin gegen die Hochbahngesellschaft wegen der bei der Goldmarkteröffnungslanz mit tausendjährigem Stimmrecht ausgehändigten 50 000 Schuldscheine anstrengt war. Die Vorgänge der damaligen Generalversammlung sind in der Deffektivität allgemein bekannt. Das Gericht teilte nach kurzer Beratung mit, daß es seine Entscheidung am 19. Oktober verkünden werde.

Das Humboldt-Gymnasium begeht sein 50-jähriges Jubiläum Freitag, 23. September, vormittags 10 Uhr, durch einen Festakt in der Aula und ein Schauturnen in der Turnhalle. Abends um 8 Uhr findet im Riegersvereinshaus, Chausseestraße 94, ein Gesellschaftsabend statt, an dem musikalische und deklamatorische Vorträge gehalten werden und „Waldensien's Lager“ von ehemaligen und jetzigen Schülern aufgeführt wird. Nach der Vorkellung Tanz. Zur Deckung der beträchtlichen Unkosten wird ein Umeisungsgeid von 150 M. erhoben. (Karten beim Kaufmann Herrn Kuhl, Gartenstraße 25.) Ein etwa erzielter Ueberschuß ist zur Unterhaltung bedürftiger Schüler für die Teilnahme an mehrjährigen Wanderfahrten sowie zur Unterhaltung des Schülerheims in Stolpe an der Nordbahn bestimmt. Bestätigung dieses Schülerheims am nächsten Vormittag, 28. September; beim Heim sportliche Wettkämpfe der Schüler. Am 26. September um 8 Uhr ein Bierabend im Riegersvereinshaus, Chausseestraße 94. Alle ehemaligen Schüler sowie Freunde der Anstalt und deren Angehörige sind zur Teilnahme an diesen Festlichkeiten herzlich eingeladen. Spenden für die oben genannten Zwecke nimmt Herr Prof. Carl Cohn, W. 30, Bamberger Straße 4, entgegen.

Der nächste Jahrmarsch in Charlottenburg findet am Dienstag, den 6. Oktober, statt. Er wird in der Kaiserin-Augusta-Allee zwischen Schlossbrücke und GutsMuths-Platz abgehalten.

Speeches für proletarische Feiertage. Uebungsstunde am Donnerstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gesangslokal der Sophien-Schule, Weinmeisterstraße 10/11.

## Ein polnisches Flugzeug abgestürzt.

Bromberg, 23. September. (T.) Ein schweres Fliegerungsflugzeug ereignete sich gestern abend um 1/8 Uhr auf dem Bromberger Flugplatz. Einem Flugzeuge, das sich in 600 Meter Höhe befand, wurden durch eine Windböe die Tragflächen zerbrochen, und der Apparat sank in die Tiefe. Die Maschine wurde vollständig zerstört, und die beiden Insassen, Oberleutnant Globki als Pilot und Feldwebel Viktorowski als Beobachter konnten nur als verstimelte Leichen geborgen werden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

54. Mt. Charlottenburg, 3. Gruppe: Donnerstag 7 1/2 Uhr bei Bühnemann, Selms-Platz 42, 2a, Jubiläum.

55. Mt. Charlottenburg, 3. Gruppe: Freitag 8 Uhr bei Bühnemann, Selms-Platz 42, 2a, Jubiläum.

56. Mt. Charlottenburg, 3. Gruppe: Samstag 8 Uhr bei Bühnemann, Selms-Platz 42, 2a, Jubiläum.

57. Mt. Charlottenburg, 3. Gruppe: Sonntag 8 Uhr bei Bühnemann, Selms-Platz 42, 2a, Jubiläum.

## Jugendveranstaltungen.

Der Jugendklub trifft sich heute abend 7 Uhr im Saal des Sitzungssaals des Stadtrats, Zeugnisstraße 2.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Schlichtungsbehörden 1924.

16 480 Streitigkeiten, 839 Zwangsschiedsprüche.

Das Reichsarbeitsblatt vom 1. September ist eine Statistik veröffentlicht, welche die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden im Jahre 1924 registriert. Aus der Zusammenstellung der Schlichtungsausschüsse geht hervor, daß 119 Schlichtungsausschüsse mit 21 selbständigen Zweigkommissionen sich mit der Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten beschäftigt haben. Von den 16 480 Schlichtungsverfahren wurden nach der Statistik erledigt:

1. Vor Ausräumung der Verhandlung 1634, 2. im Vorverfahren 2319, 3. im Verfahren vor der Schlichtungskammer 11 533, 4. auf andere Weise 994. Von den vor der Schlichtungskammer ausgetragenen Fällen (Ziffer 3) wurden erledigt: 1211 durch Einigung, 9460 durch Schiedspruch, 862 durch sonstigen Beschluß.

In 4492 Fällen wurde der Schiedspruch von beiden Seiten angenommen und in 4968 Fällen erfolgte die Ablehnung des Schiedspruches durch einen oder beide Teile. Die Zahl der Streitigkeiten, die für ein Verfahren auf Verbindlichklärung durch den Schlichter — also für den sogenannten Zwangseingriff — theoretisch in Betracht kamen, betrug nur knapp ein Drittel aller vor den Schlichtungsausschüssen bearbeiteten Streitfälle. Ueber zwei Drittel der Verfahren konnten bereits erledigt werden, ohne daß die Voraussetzungen für eine Verbindlichklärung — Ablehnung des Schiedspruches durch eine Partei — gegeben wurden.

Nach der Tabelle lagen insgesamt 3559 Anträge auf Verbindlichklärung vor. Die Gesamtzahl der Anträge bleibt schon wesentlich hinter der Zahl der von den Parteien abgelehnten Schiedsprüche zurück. Noch nicht in einem Viertel aller Fälle wurde, wie die Zusammenstellung zeigt, die Verbindlichklärung ausgesprochen. Der größte Teil der Anträge wurde infolge Einigung der Parteien noch vor dem Schlichtstermin gegenstandslos. In Hamburg war es möglich, in 100 Proz. aller eingeleiteten Verfahren zu einer Einigung der Parteien zu kommen, so daß für Hamburg keine ausgesprochene, aber auch keine abgelehnte Verbindlichklärung verzeichnet ist. — Noch erwähnt sei, daß Ende Juni 1925 insgesamt 1302 allgemein verbindliche Tarifverträge in Kraft waren. Davon entfielen 581 auf die Angestellten.

Die Tabellen über die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse und Schlichter lehren, daß nur in einer verschwindenden Anzahl aller Fälle ein unmittelbarer Zwang erfolgte. Insgesamt 16 480 Streitigkeiten vor den amtlichen Schlichtungsausschüssen stehen nur 839 ausgesprochene Verbindlichklärungen gegenüber. Es kommt freilich nicht so sehr auf die Quantität als auf die Qualität an. Und es kommt auch darauf an, auf welchen Antrag — Unternehmer oder Arbeiter — d. h. also gegen wen die Verbindlichklärung in der Regel ausgesprochen wurde.

### Wie schafft man ein deutsches Scarborough?

Politik, der „Sekretär der englischen Arbeiterbewegung“, d. h. der holländische Organisator der englischen Gewerkschaften, berichtet in der „Roten Fahne“ in einem langen Artikel über die Ergebnisse des britischen Gewerkschaftskongresses. Er ist offenbar nicht sehr befriedigt von diesen Ergebnissen. Bei allen einschlägigen Fragen hat der Gewerkschaftskongress die holländischen Anträge niedergeschlagen oder ihnen ein Begräbnis erster Klasse bereitet. Er hat wohl einige Demonstrationen angeschlossen, er hat darüber hinaus dem Generalrat der englischen Gewerkschaften Vollmacht erteilt, die internationale „Gewerkschaftseinheit“ herbeizuführen — was als Demonstration gegen Amsterdam zu werten ist — er hat aber zugleich den rechten Flügel des Generalrats durch die Wahl von Thomas und Margarete Bondfield gestärkt und so sich und die Internationale vor unüberlegten Entschlüssen geschützt.

Die Redaktion der „Roten Fahne“ bemüht sich, den optimistisch gefärbten Bericht politisch innenpolitisch auszuwerten. Einmal gegen die deutschen Gewerkschaften, dann aber insbesondere gegen die „linken Abweichungen“ der Ruth Fischer und Genossen.

Wie schafft man ein deutsches Scarborough? fragt die „Rote Fahne“, d. h. wie treibt man die deutschen Gewerkschaften so um, daß sie wieder zum Zusammenplatz kommunistischer Altkampfpolitiker werden und daß auf dem deutschen Gewerkschaftskongress die holländischen Anträge der holländischen Demagogen den rauschenden Beifall der Delegierten finden.

Ein unlösbares Problem. Denn die Voraussetzung, die in Scarborough gegeben war — die völlige Unerschrockenheit der Delegierten bezüglich der holländischen Experimentierpolitik — diese Voraussetzung wird sich in Deutschland nie wieder schaffen lassen. Selbst in einer Mitgliederversammlung einer beliebigen Partei einer Organisation genügt es, daß ein Redner offen als Kommunist auftritt, um ihm in 99 von 100 Fällen einen glatten Reinfall zu sichern. Wenn Gewerkschaftsmitglieder hören, daß ein Antrag von der KPD. ausgeht, dann ist ihr erster Gedanke: „Schon hui!“ Wie soll nun unter erfahrener Gewerkschaftsdelegierten, die durch die harte Schule der Spaltung, Verleumdung, Fraktions- und Zellenbildung, Beitragsperre, Sühnungsabläufe usw. gegangen sind, die das ganze Register kommunistischer Gewerkschaftspolitik auskosten mußten, wie soll da Begeisterung entstehen, wenn ein Abgeordneter Sinowjews spricht?

In ihrem Eifer, die Zählung der Hiberpensitigen vorzunehmen, auf die mit den Problemen der Arbeiterbewegung nicht vertrauten Politikanten und Professoren (die getrennt noch die Unmündigen in der KPD. waren) loszuhaben, verrät das Bolschewistenblatt, warum Moskau „heran an die Massen“, die „Einheitsfront“ und alle die anderen Parolen ausgibt:

„Es gilt vielmehr, die Politik der KPD. in den großen Strom der weltgeschichtlichen Entwicklung einzufügen, ohne auch nur für einen Moment den Gedanken aufzugeben, daß das industrielle Deutschland nach wie vor das Durchbruchgebiet für die proletarische Revolution in Westeuropa ist.“

Die Aufgabe der deutschen, jeder Gewerkschaftsbewegung ist die Sicherung und Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter, das Eindringen in die Produktionsleitung, die Durchdringung der Wirtschaft mit sozialistischem Geist, bis die Arbeiterklasse geistig und organisatorisch in der Lage ist, die kapitalistische durch die sozialistische Produktion zu ersetzen. Für Moskau, mer auch in Deutschland

gerade Führer spielen darf, bleibe die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach wie vor nur „Ressourcenmaterial“ zu imperialistischen russischen Zwecken. — Bewundernswert ist nur die Hartnäckigkeit, mit der die russischen Diktatoren einen Kampf ausfechten, der längst verloren ist. Ein deutsches Scarborough wird es nie geben.

### Rahmenvertrag in der Autoreparaturbranche.

Am Dienstag abend nahm eine gut besuchte Vollversammlung der Autoreparaturwerkstätten Stellung zu dem Abschluß des Rahmenvertrages. Riedel vom Deutschen Metallarbeiterverband berichtete über die Tarifverhandlungen und den Inhalt des neuen Vertrages. In den meisten Punkten ist es gelungen, den Entwurf des Metallarbeiterverbandes wörtlich oder sinngemäß in den Vertrag hineinzubekommen. Stark umstritten war nur der Punkt „Arbeitszeit“. Hier gelang es nicht, die beabsichtigte Fassung durchzubringen. Die Unternehmer bestanden darauf, ihre dem B.M.A.-Tarif entnommene Fassung aufzunehmen.

In der regen Diskussion war auch dieser Punkt der am heftigsten umstrittene. Die Versammlung beschloß jedoch, den Rahmenvertrag in der vorliegenden Fassung anzunehmen, da vor allem ein wichtiger Paragraf aufgenommen ist, der besagt, daß dort, wo bereits bessere Arbeitsbedingungen bestehen, diese beibehalten werden müssen. Ebenso war für die Annahme die kurze Gültigkeitsdauer bis zum 31. März 1926 ausschlaggebend. Die Versammlung verpflichtete sich, die Zeit bis zum Ablauf des Vertrages zu nützen und die Organisation auszubauen, damit beim nächsten Abschluß besonders hinsichtlich der Arbeitszeit ein besseres Ergebnis erzielt werden kann.

### Zur Lohnbewegung der Brauereiarbeiter.

Die Mitglieder der am Tarifvertrag mit den Brauereien beteiligten Organisationen hatten diese beauftragt, mit den Brauereien wegen Erhöhung der Löhne zu verhandeln. Es wurde verlangt, entweder das bis zum 30. September laufende Lohnabkommen um vier Wochen zu verkürzen und neue Löhne festzusetzen, oder eine außerordentliche Wirtschaftshilfe zu gewähren. In den Verhandlungen am Dienstag lehnten die Unternehmer jedes Entgegenkommen rundweg ab. Sie weigerten sich weiter, wegen der angeblich übertriebenen Forderungen der Brauereiarbeiter selbst ein Angebot zu machen. Die Parteien einigten sich dahin, den Schlichtungsausschuss zur Fällung eines Schiedspruches in dieser Lohnstreitigkeit anzufragen.

### Gedächtnis.

Ein Arbeiter hatte in einem Großbetriebe der Metallindustrie Beschäftigung gefunden. Vor seiner Einstellung wurde ihm ein Revers zur Unterschrift vorgelegt, wodurch er versichert sollte, daß er von keinem seiner früheren Arbeitgeber wegen eines Eigentumsvergehens entlassen worden sei.

Der Arbeiter wurde hierdurch an einen dunklen Punkt in seiner Vergangenheit erinnert.

Im Jahre 1923, in der schlimmsten Inflationszeit, wo ein Stückchen Kupfer, das man in der Westentasche forttragen konnte, einen Wert von Millionen Papiermark hatte, wor er der Verführung erliegen. Er hatte gestohlen. Das Schöffengericht hatte ihn zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, ihm aber eine Bewährungsfrist von drei Jahren zugesprochen.

Jetzt liegt der Revers vor ihm. Soll er bekennen, daß er ihn nicht unterschreiben kann? Dann wird er nicht eingestellt. Kein Betrieb der Berliner Metallindustrie nimmt einen Arbeiter an, der einmal strachelte und sich am Eigentum des Unternehmers vergrieff. — Also: die Wahrheit sagen, bedeutet in diesem Falle unabsehbare Arbeitslosigkeit. Der Arbeiter, von dem hier die Rede ist, will sich ehrlich durchs Leben schlagen und dadurch den dunklen Punkt in seiner Vergangenheit auslöschen. Er will arbeiten. Um sich die Arbeitsgelegenheit nicht entgehen zu lassen, unterschreibt er den Revers und wird eingestellt.

Doch die Metallindustriellen haben ein gut funktionierendes Spürsystem. Es kam bald heraus, daß der eingestellte Arbeiter ein Eigentumsvergehen auf dem Kerbholz hat. — Also wurde er entlassen.

Vor dem Gewerbegericht forderte der Betriebsrat die Entlassung als unbillige Härte an. Der Vertreter des Unternehmers sagte, der Arbeitsvertrag sei nichtig, weil durch eine „arglistige Täuschung“ die wahrheitswidrige Angabe im Revers — zustande gekommen sei.

Das Gericht wies die Klage ab mit der Begründung: Es könnte dem Kläger nicht verdrast werden, wenn er wegen einer Lappalie bestraft wäre und dies nicht angegeben hätte, um Arbeit zu bekommen. Aber der Diebstahl sei, wie die Strafakten ergeben, ein ganz erheblicher Verstoß. Es sei ja für den Kläger hart, wenn er wegen seines Bergehens von der Arbeit zurückgewiesen werde, aber das Gericht könne es nicht billigen, wenn die ausdrückliche Frage nach einem Eigentumsvergehen mit einer Unwahrheit beantwortet werde, sei es auch, um sich Arbeit und Brot zu verschaffen.

Gewiß: Man soll nicht stehlen, man soll auch der Wahrheit die Ehre geben. Aber auf der anderen Seite: Man soll nicht jenen, der einmal strachelte, vor eine Frage stellen, deren wahrheitsgemäße Beantwortung ihm den Weg zu ehrlicher Arbeit versperrt.

### Proteststreik in Mexiko.

Mexiko, 23. September. (WZ.) Der mexikanische Arbeiterverband, dem 90 Gewerkschaften angeschlossen sind, hat seine Mitglieder aufgefordert, zum Protest gegen den Beschluß der Regierung, der den Streik bei der Mexican Eagle Oil Company für rechtswidrig erklärt, in den Generalstreik zu treten.

Gegen die österreichische Regierungsvorlage zum Schutze des Inlandsarbeiters, welche allen Ausländern, die nach dem 8. Juni 1919 sich im Bundesgebiet niedergelassen und aus irgendeinem Grunde ihre Arbeitsstelle verloren haben, die Uebernahme einer neuen Arbeitsstelle untersagt, haben die Organisationen der Sudetendeutschen und Reichsdeutschen in Oesterreich und die reichsdeutschen Vertretungen in Wien Protest erhoben. Darin wird auf die große Zahl österreichischer Arbeitskräfte verwiesen, die in reichsdeutschen Industrien Erwerb gefunden haben und die im Falle unvermeidlicher Gegenmaßnahmen des Reiches bei einer Industriekrise als Arbeitslose nach Oesterreich zurückkehren müßten.

# Wirtschaft

## Die Waggonfabriken im September.

Die wenigen kleinen Aufträge auf Reparaturen, die von der Reichsbahn an die Waggonfabriken vergeben werden und einige Orders auf Spezialwagen usw. sind die einzigen Objekte, welche die Waggonfabriken vom Eisenbahnzentralamt zurzeit erhalten. Die Waggonbauanstalten haben ihre Betriebe mehr oder weniger umgestellt, — außer der Fabrikation von Straßenbahnwagen und Omnibussen usw., auch auf die Ausführung von Eisenkonstruktionen. Die Straßenbahngesellschaften, die Städte bzw. Kommunen, die durch die Eigenart ihres Betriebes meist ziemlich liquid sind, haben in letzter Zeit durchweg eine umfangreiche Ergänzung ihres Parks an rollendem Material vorgenommen. Die Autobusgesellschaften, besonders aber die Reichspost, treten zurzeit auch als Auftraggeber auf den Markt, so daß die Waggonfabriken teilweise noch Beschäftigung haben.

Das Auslandsgeschäft liegt fast ganz danieder, — wohl tritt das Ausland mit Bedarf auf den Markt, aber die gestellten Preisgrenzen sind zum Teil so niedrig, daß ihre Annahme von vornherein vollkommen ausgeschlossen ist. Wie verlautet, soll es jetzt allerdings einer mitteldeutschen Waggonfabrik möglich gewesen sein, einen großen südamerikanischen Auftrag auf rollendes Material hereinzuholen. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, daß verschiedene Aufträge dadurch illusorisch werden, weil die genannten Offertpreise infolge zu hoher Notierungen für Rohmaterial, wie beispielsweise für Stabeisen, Waggonprofile und Universalisen, über den Angebots der Konkurrenz durch die Höhe stark verteuert. Es ist festgestellt, daß besonders für schlesische Waggonfabriken der Bezug von Material aus der Tschechoslowakei, trotz der Nebenabgaben usw., günstiger ist wie von deutschen Werken mit Basis Oberhausen.

Die Arbeiterschaft als Prügelknabe. Wenn Unternehmungen in Konturs gehen, verfallen die leitenden Personen gewöhnlich die Schuld für den Zusammenbruch bald auf die Banken, bald auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse abzuschieben. Der Boaschuhfabrik ist es vorbehalten, für den Konturs die Arbeiter verantwortlich zu machen, obwohl sie selbst zugeben muß, daß der ganze Betrieb infolge des unrationellen Aufbaues den Verhältnissen nicht gewachsen war. Die Boaschuhfabrik A.G. machte in der Inflationszeit in den mit dem kaufkräftigen Publikum besetzten Stadtvierteln eine Reihe von Verkaufsläden mit dem größten Luxus auf. Die Umsätze waren in der Inflationszeit aus den bekannten Gründen sehr gut. Als dann aber die Stabilisierung kam und die Konkurrenzfähigkeit eine sehr erhebliche Rolle spielte, da war das Unternehmen den Verhältnissen infolgedessen nicht gewachsen, als es mit Handbetrieb arbeitete und die für die notwendige Umrüstung erforderlichen Mittel weder beschaff noch sich beschaffen konnte. Und für diese Unzulänglichkeit der Verwaltung sollen Arbeiterkreise verantwortlich sein! Die Arbeiterschaft muß es sich verbitten, zum Prügelknaben für die Unfähigkeit der Verwaltung gemacht zu werden.

Im Zeichen des Preisabbaues: Erhöhung der Zinkblechpreise. Die Rheinisch-Westfälische Zinkblechhändlervereinigung, Düsseldorf, erhöhte, wie die „Konjunkturkorrespondenz“ meldet, mit Wirkung ab 22. September ihre Lagerpreise für Zinkbleche um eine Mark pro Doppelzentner. Die heutige Notierung steht also auf 100 Mark frei Station und auf 101 Mark frei Verbrauchsstelle. Die letzte Preisserhöhung war am 22. August um 2,50 Mark auf 99 Mark bzw. 100 Mark.

### Arbeitersport.

#### Fußballerfolge vom 20. September.

Eisenpolsterer gegen Briq 4:1. Helvetia mußte die Ueberlegenheit von Bader 20 mit 0:6 anerkennen. Teutonia verlor knapp gegen Nordia 3:2. Bankom 08 fertigte Viktoria leicht mit 6:0 ab. Borussia blieb über Fichte-Rord mit 3:2 siegreich. Reichs-Spiel hatte Einigkeit mit Sportverein 22, 5:0 war das Resultat. Birkenwerder konnte über Brieselang nur den knappen aber Siege feiern, 1:0 hand es am Schluß. Hoch gewann Siemensstadt gegen Bader 24 8:1. Spandau 03 mußte sich Arminia mit 2:1 beugen. Danja unterlag gegen Bittenau knapp 1:2. Legel 24 gewann gegen Staaken 3:0. Stralau schlug seinen alten Meisterhaftersippen mit 2:0 aus dem Felde. Merkur verlor gegen Zeuthen 1:4. Lustig-Fidel und Treptomer Fußball-Club trennten sich 0:0. Borussia 20 gewann gegen Hertha 22 4:2. BSV. 16 und BSV. 22 trennten sich 3:3. Lichtberg 11 holte sich von Johannisthal mit 4:2 die Punkte. Richterswalde fuhr nach Fredersdorf, um mit 4:0 geschlagen nach Hause zu fahren. Sabowa verlor gegen Brandenburg 24 2:4. Lichtberg 1 und Lichtberg 111 spielten 1:3. Sparta unterlag gegen Britannia 1:2. Astania holte sich von Komot die Punkte mit 5:1. Germania gewann gegen Friedrichshagen 3:1. Brandenburg 02 blieb über Tschendorf mit 6:0 Sieger. Volkersdorf und Brandenburg a. S. trennten sich unentschieden 2:2. JFC. mußte gegen Steglitz mit 5:1 die Segel streichen. Romanes gewann gegen Berolina 4:0. Knapp mit 2:1 schlug Kreuzberg die Renföller. Bitterersdorf konnte gegen Viktoria nur 1:0 gewinnen. Kolzenburg holte sich von Luckenwalde eine 5:0 Niederlage. Die beiden Ortsvereine Hertha und Frisch-Auf trennten sich 1:2. Rüstig-Bormarts mußte sich mit 3:2 von Charlottenburg geschlagen begeben. Renföller Fußball-Club verlor gegen Potsdam 0:4. Teltow gewann gegen Schmargendorf hoch mit 7:0. Luckenwalde III und Luckenwalde V trennten sich 2:1.

Arbeiterradfahrerband „Solidarität“, 1. Bezirk. Die Rennfahrer des Bezirks hatten ihr Bahnrennen am Sonntag, den 27. September, im Stadion Grünwald mittags 1 Uhr ab. Sportfreunde willkommen.

Verantwortlich für Politik: Erich Reuter; Wirtschaft: Walter Catenberg; Gewerkschaftsbewegung: Fritz, Salzer; Redaktion: R. A. Wülfert; Sozialen und Sonstigen: Fritz Karkhüt; Anzeigen: H. Glöckler; Geschäftlich in Berlin. Berlin: Bornholms-Deutsches G. m. b. H., Berlin, Straß: Bornholms-Deutsches und Bornholms-Deutsches Post-Ges. a. G., Berlin S. 66. Einbrennst. 2.

**Berliner Elektriker-Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe  
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 1198  
Filiale Westen, Wilmerdort  
Landhausstr. 4 — Tel. Pfalzburg 9521  
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel  
Ausführung sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

**Krause-Pianos zur Miete**  
Ansbacher Str. 1.  
14a Karlshofstraße

**Zähne**  
1 und 2 Mark. Goldkronen von 8 Mark an.  
Persönliche fachmännische Behandlung.  
Wöchentliche Teilzahlung gestattet.  
B. Wolff, Charlbg., Berliner Str. 110, nahe Wilhelmplatz.  
Berlin O 17, Madaistr. 15, Ecke Koppenstraße

**Möbelfabrik Rob. Seelisch**  
Berlin O 112, Rigaer Straße 71-73a  
Bekannt seit 49 Jahren.  
Große Auswahl in kompletten Wohnungs-Einrichtungen sowie Einzelmöbel aller Art  
Meine guten Möbel sind im Gebrauch die billigsten.  
zu wirklich billigen Preisen.  
Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.  
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.  
Geschäftszeit von 8-7 Uhr.

**Tapeten**  
25 Pl. 30 Pl. 35 Pl.  
Wienanwahl in allen Preislagen — herrliche Muster  
**Tapeten-Magazin Humboldt**  
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße  
mit 1. Stock, kein Laden  
(Kleiner, aber funktionstüchtiger Kell.)  
Büro: 1. Stock, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200.

**A. Beheim-Schwarzbachs Kaufmännische Privatschule**  
(Inh. F. Eggert)  
Neukölln, Anmeldung, Ganghoferstr. 1 und Berliner Str. 82 (Privatwohnung)  
Beginn neuer 1/2 Jahres- und 1/4 Jahresgänge. — Fernspr.: Neukölln 1005.

**Gardinen**  
Sonderangebote Gelegenb. - Käufe  
in Rosten  
Stems, Bettdecken  
Wend- und  
Kleiderkasten.  
Spezial-Verkauf  
Neukölln, Bergstr. 67  
am Ringbahnhol.

**Möbelfabrik Rob. Seelisch**  
Berlin O 112, Rigaer Straße 71-73a  
Bekannt seit 49 Jahren.  
Große Auswahl in kompletten Wohnungs-Einrichtungen sowie Einzelmöbel aller Art  
Meine guten Möbel sind im Gebrauch die billigsten.  
zu wirklich billigen Preisen.  
Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.  
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.  
Geschäftszeit von 8-7 Uhr.

**Möbelfabrik Rob. Seelisch**  
Berlin O 112, Rigaer Straße 71-73a  
Bekannt seit 49 Jahren.  
Große Auswahl in kompletten Wohnungs-Einrichtungen sowie Einzelmöbel aller Art  
Meine guten Möbel sind im Gebrauch die billigsten.  
zu wirklich billigen Preisen.  
Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.  
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.  
Geschäftszeit von 8-7 Uhr.

**Bären-Stiefel**  
halbbarster  
Qualitätsstiefel  
für  
Strasse und Sport  
nur bei  
**H. Bähr, Spittelmarkt 1**